

Auszug aus dem substanziellen Protokoll 59. Ratssitzung vom 19. August 2015

1167. 2015/216

Postulat von Ezgi Akyol (AL), Christina Schiller (AL) und 2 Mitunterzeichnenden vom 24.06.2015:

Durchführung eines Pilotprojekts gegen Racial Profiling durch Abgabe von Quittungen bei Personenkontrollen

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Polizeidepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

***Ezgi Akyol (AL)** begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 1090/2015): Der Staat muss sicherstellen, dass Staatsorgane niemanden aufgrund unveränderlicher äusserer Merkmale pauschal verdächtigen. Wiederholte, unbegründete Personenkontrollen grenzen die Betroffenen aus unserer Gemeinschaft aus. Während des von uns vorgeschlagenen Pilotprojekts sollen bei sämtlichen Personenkontrollen den Betroffenen Quittungen abgegeben werden mit Angaben zu kontrollierter Person, kontrollierenden PolizeibeamtInnen, Datum, Zeit, Ort, Grund der Kontrolle und Kontrollergebnis. Dies soll dazu führen, dass Personenkontrollen bewusster und nur bei Vorliegen von triftigen Gründen durchgeführt werden. Die Polizeiarbeit wird so transparenter und das Vertrauen der Bevölkerung in die Polizeiarbeit wird gestärkt. Auch die Beschwerdemöglichkeiten der Betroffenen werden verbessert und vor allem wird den Betroffenen mehr Respekt entgegengebracht. Die Kontrollierten werden auf diese Art über den Grund einer Kontrolle informiert. Einige Länder haben das System bereits implementiert. Gemäss britischen und amerikanischen Studien bedeutet das System keinen Mehraufwand. Die Polizei verschwendet so auch weniger Zeit mit unnötigen Kontrollen.*

***Mauro Tuena (SVP)** begründet den namens der SVP-Fraktion gestellten Ablehnungsantrag: Das Ziel der Postulanten ist, dass die Polizei gar niemanden mehr kontrollieren kann und lediglich noch für das Verteilen von Parkbussen zuständig ist. Der Polizeivorsteher will das Postulat entgegennehmen, doch ich frage mich, wie er sich das in der Praxis vorstellt. Gerade die Patrouillen in den problematischen Kreisen 1, 4 und 5 müssen rasch agieren können. Ich weiss nicht, wie das funktionieren soll, wenn man hier eine Bürokratiegeschichte einführt. Ich möchte die SP daran erinnern, dass sie der Polizei in der Budgetdebatte nicht mehr Personal bewilligen wollte. Das Postulat ist weltfremd und unrealistisch. Unsere Polizistinnen und Polizisten haben auf der Gasse in einem extrem schwierigen Umfeld einen gefährlichen Auftrag zu erfüllen. Sie sollten bei der Erfüllung dieses Auftrags nicht noch ununterbrochen von der AL behindert werden.*

Weitere Wortmeldungen:

***Samuel Balsiger (SVP):** Die Polizei sorgt für die Sicherheit unserer Bürger und soll aufgrund ihrer Erfahrung, ihres Instinkts und den vorherrschenden Realitäten handeln*

dürfen. Werden Polizisten unter Generalverdacht gestellt, werden sie aus reinem Selbstschutz passiver werden. Über das Asylchaos hat die illegale Masseneinwanderung eine neue Dimension erreicht. Dass dann in absoluten Zahlen mehr Personen auf ihren Aufenthaltsstatus kontrolliert werden, wäre nur logisch. Das Denken der Gutmenschen ist absurd. Die AL will durch die Quittungen vermeiden, dass Betroffene innert kurzer Zeit wiederholt kontrolliert werden. Ein Dealer könnte demnach einmal zufällig ohne Drogen kontrolliert werden und sich anschliessend - mit der neuen Lieferung – unter Vorweisen der Quittung frei fortbewegen. Die Polizisten haben Respekt, Anerkennung und Unterstützung verdient. Das Postulat ist strikt abzulehnen.

Marcel Bührig (Grüne): In England existiert diese Praxis seit Jahren, auch in anderen Ländern gibt es Quittungen oder Kontrollprotokolle. Gemäss Interviews waren die Polizisten anfänglich skeptisch, halten nun aber das verwendete Mittel für effektiv, um Racial Profiling zu verhindern. Eine Quittung ist innert zwei Minuten ausgestellt und kann bei einer erneuten Kontrolle vorgewiesen werden. Wenn die Polizei die Person aus guten Gründen trotzdem nochmals kontrollieren möchte, darf sie das durchaus. Es geht nur darum, unnötige Kontrollen zu verhindern. Gewisse Personen werden während zwei Stunden drei bis vier Mal kontrolliert, obwohl sie nichts falsch gemacht haben. Die Polizei wird nicht in ihrer Arbeit behindert werden. Für uns stellt das Postulat eine Möglichkeit dar, um Racial Profiling zu verhindern. Es ist ein erprobter Weg und man kann sich auf Erfahrungen stützen.

Marc Bourgeois (FDP): Die FDP lehnt den Vorstoss aus vier Gründen ab. Erstens: Das Vermeiden von Racial Profiling ist eine klassische Führungsaufgabe. Auf das Vermeiden von Racial Profiling wird innerhalb der Stadtpolizei grossen Wert gelegt. Mit dem vorgeschlagenen System wird das Prinzip der Führungsverantwortung geschwächt. Unser zweiter Kritikpunkt betrifft das Administrative. Bei der Kontrolle einer grösseren Anzahl Personen, so etwa bei Fussballspielen oder Demonstrationen, wäre das System aus Kapazitäts- und Zeitgründen nicht anwendbar. Das Ziel sollte sein, Polizeiarbeit an der Front effizienter zu gestalten und nicht durch zusätzliche Bürokratie zu belasten. Der dritte Punkt betrifft die psychologische Wirkung auf die Polizeimannschaft. Es wird Misstrauen signalisiert. Die Polizeimannschaft wird aufgrund des zusätzlichen administrativen Aufwands zudem auch auf Personenkontrollen verzichten. Das wäre der Auftragserfüllung der Polizei klar abträglich. Der vierte Punkt betrifft die Missbrauchsgefahr. Man könnte sich freiwillig kontrollieren lassen und darauf vertrauen, dass man danach aufgrund der Quittung seinen illegalen Tätigkeiten in Ruhe nachgehen kann. Der Vorstoss ist in seiner praktischen Umsetzung für uns nicht denkbar.

Markus Hungerbühler (CVP): Der Vorstoss ist gut gemeint, schießt aber wegen der Bürokratie über das Ziel hinaus. Wir sehen, dass ein gewisses Problem besteht, doch alles in allem sehen wir in diesem Vorschlag mehr Nachteile als Vorteile. Aus diesem Grund lehnen wir das Postulat ab.

Marianne Aubert (SP): In unserem am 1. Juli 2015 überwiesenen Postulat haben wir gefordert, dass die Stadt vollständig auf Racial Profiling basierende Kontrollen verzichten soll. Die AL präzisiert nun mit ihrem Postulat unser Postulat. Im Übrigen steht im

3 / 3

Postulat nicht geschrieben, dass man jemanden nur einmal kontrollieren darf. Uns scheint die vorgeschlagene Lösung mit den Formularen und Quittungen ein mögliches Instrument, um unsere Forderung vom 1. Juli umzusetzen. Das System scheint aber auch geeignet, um Polizistinnen und Polizisten vom Vorwurf rassistisch motivierter Kontrollen zu entlasten.

Guido Trevisan (GLP): *Racial Profiling darf nicht stattfinden. Diese Botschaft haben wir als Gemeinderat bereits am 1. Juli 2015 deutlich gemacht. Nun soll bei kontrollierten Personen eine Quittung ausgestellt werden. Die Betroffenen haben aber schon heute die Möglichkeit, sich zu melden, wenn sie der Ansicht sind, nicht gerechtfertigt kontrolliert worden zu sein. Sie können sich dabei auf die kontrollierende Person beziehen. Wenn sich bei einzelnen kontrollierenden Personen solche Fälle häufen, kann dies zu Gesprächen mit den Vorgesetzten führen. Zudem ist auch der administrative Aufwand zu hoch. Wir lehnen das Postulat ab.*

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Polizeidepartements Stellung.

STR Richard Wolff: *Wir sehen das Postulat als Ergänzung zum Postulat über die Verhinderung von Racial Profiling. Viele können sich nicht vorstellen, wie das System in Realität funktionieren würde. Ich verstehe die Skepsis. Wir möchten genau das prüfen. Und wir wissen: England führt dies bereits so durch. Das System ist wissenschaftlich abgestützt. Es funktioniert und die Polizei ist zufrieden damit. Es geht nicht darum, bei der Polizei Misstrauen zu säen, Knüppel zwischen die Beine zu werfen oder alle Polizisten unter Generalverdacht zu stellen. Das Thema zu lancieren, ist ein Versuch, Akzeptanz zu schaffen für Mittel, die letztlich die Polizeiarbeit und die Polizei in der Stadt verbessern. Wenn man nach der Evaluation zum Schluss kommt, dass ein massiver Widerstand im Korps entsteht und die Anpassung keine Verbesserung in Sachen Racial Profiling bringt, führen wir den Versuch sicherlich nicht fort. Zeigt sich aber eine Verbesserung, hat es sich bereits gelohnt. Aus diesem Grund möchten wir den Vorschlag prüfen.*

Das Postulat wird mit 60 gegen 58 Stimmen dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat